

Derzweiflungskämpfe an der südslowakischen Grenze.

Die südslowakischen Blätter berichten aus Bratislava in Bratislava, daß dort ein großes Lager für die österreichischen Aufständischen, die die südslowakische Grenze überschritten haben, errichtet wird. Man rechnet damit, daß 800 bis 1000 Mann untergebracht werden sollen. Bisher sind, wie bereits gemeldet, etwa 500 eingetroffen. Sie wohnen vorläufig in einer Schule. Sämtliche Blätter haben Berichterstatter nach Bratislava entsandt und veröffentlichten sehr.

Unterredungen mit einzelnen Aufständischen.

Aus den Berichten geht übereinstimmend hervor, daß die Blätter in Österreich nicht vorbereitet war, sondern bei den Aufständischen selbst die größte Überraschung auslöste. Die Flüchtlinge stammen aus dem Lubanale in Kärnten und haben an den Kämpfen um Wolfberg teilgenommen. Sie erzählen, daß sie

durch ein Mandat des Bundesheeres zum Rückzug gezwungen

worden seien. Nachdem das erste große Gefecht mit den Bundesstruppen unentschieden verlaufen sei, habe ihnen der Kommandant einen Waffenstillstand angeboten, um Verhandlungen einzuleiten. Die Aufständischen hätten das Angebot angenommen, weil sie hofften, weiteres Blutvergießen vermeiden zu können. Als die Zeit abgelaufen war, habe sich aber herausgestellt, daß aus Wien Niederlassen

ein neues Bataillon des Bundesheeres auf Motorzügen

herangezogen worden war, das die Aufständischen im Rücken angriff. Diese hätten sich nunmehr zurückziehen müssen, aber mit der Absicht, sich hart an der südslowakischen Grenze zu verschanzen. Dabei sei eine Gruppe von 500 Mann aus Versehen auf südslowakisches Gebiet geraten und habe die Waffen ablegen müssen. Eine andere Gruppe habe knapp an der Grenze Stellungen beziehen können und sehr den Kampf fort.

Berichte aus den Grenzgebieten bestätigten, daß in Kärnten tatsächlich noch gekämpft werde. Man halte aber die Lage nicht für sehr aussichtsreich, da ihnen an Lebensmitteln mangelte und die südslowakische Regierung die Grenze hermetisch abgesperrt habe.

300 Rebellen in einer Felschlucht.

Kämpfe in Kärnten noch nicht beendet.

Ein interessanter Bericht traf aus Kärnten ein. Während im allgemeinen die Ruhe im ganzen Bundesgebiet wiederhergestellt ist, haben sich 300 Aufständische unter Führung des Gräflich Thurnschen Försters Josef Wölz auf dem Rabenstein an einer steilen Fels-Lippe an der südslowakischen Grenze festgesetzt. Sie weigern sich, sich zu ergeben und haben die fast unerschwingbare Felsstellung schwer verschanzt. Von südslowakischer Seite aber, wo der Zugang leichter ist, werden sie von den Bewohnern mit Nahrung versorgt.

Die Heeresgruppen haben Parlamentäre zu Wölz geschickt mit der Aufforderung, er möge sich ergeben. Wölz wies dieses Ansinnen ab und erklärte, daß er bestimmt wisse, die Sache der Aufständischen würde inapp vor dem Siege. Es laufen Verhandlungen zwischen der österreichischen und der südslowakischen Regierung, um die Einsetzung von Artillerie auf österreichischer Seite zu ermöglichen. Die Möglichkeit einer Gefangenennahme besteht überhaupt nicht, da eine Umzingelung der Aufständischen nicht durchgeführt werden kann. Man will die Aufständischen nun auf südslowakisches Gebiet drängen.

Weiter wird aus Kärnten gemeldet, daß die Ver-Lust der Aufständischen bedeutend sein sollen. Die Zahl der Gefangenen soll nicht sehr groß sein, da sich ein großer Teil der Aufständischen in die Berge flüchtete, um von dort auf geheimen Wegen und unerkannt wieder in ihre Heimatgemeinden zurückzukehren.

Simon zu Österreich: Keine Aktion erforderlich.

Zurückhaltung des englischen Außenministers.

Im Unterhaus wurde eine Anfrage über Österreich an die Regierung gestellt. Außenminister Simon teilte mit, er wisse nichts von irgendeiner Absicht, eine Sonderregierung des Völkerbundes zur Erwägung der Lage in Österreich einzuberufen. Auf weitere Anfragen über Österreich erklärte er: Letzten Februar und wieder vor kurzem erhielt ich von der österreichischen Regierung eine Sammlung von Material, das die Mitwirkung deutschen Einflusses in der Propaganda gegen die österreichische Regierung und einer Reihe von auf österreichischem Gebiet begangenen Verbrechen andeutet. Dieses Material wurde von der österreichischen Regierung übermittelt. Bei der Befragung des Empfängers dieser Mitteilungen unterrichtete ich den österreichischen Gesandten dahingehend, daß die

britische Regierung nicht die Absicht habe, in die Angelegenheiten irgendeines anderen Landes einzugreifen

und daß sie voll das Recht Österreichs anerkenne, zu fordern, daß keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten von irgendeiner anderen Seite erfolgt. Ich verlas den Wortlaut dieser Antwort am 13. Februar. Die Ansicht der britischen Regierung in dieser Frage bleibt unverändert bestehen.

In Beantwortung der Frage, ob er im Verein mit anderen Regierungen Schritte unternehmen werde, um die deutsche Regierung zu warnen, daß diese Verbrechen aufhören müssen, erwiderte Simon: „Die Ansicht der britischen Regierung ist wohl bekannt, und was ich gesagt habe, zeigt davon.“ Auf die weitere Anfrage, ob er unmittelbare Vorstellungen bei der deutschen Regierung über diesen Ausdruck der Mißbilligung erhoben habe, antwortete Simon: „In Anbetracht des ernstlichen Gefährdes der Verantwortung, die jeder empfinden muß, der Fragen über dieses Thema stellt oder beantwortet, ziehe ich vor, daß diese Anfrage schriftlich gestellt wird.“

Auf die Frage eines Mitgliedes des Parlaments, welche Schritte die britische Regierung unternehme und zu unternehmen beabsichtige, um die Unabhängigkeit Österreichs zu wahren, erklärte Simon:

Die Regierung verfolgt weiterhin sorgfältig die Lage. Es ist aber von Seiten der Regierung keine Aktion erforderlich oder in Erwägung.

Einschauen in Wien?

In Wiener diplomatischen Kreisen wird die Weiterentwicklung der durch die Ereignisse in Österreich geschaffenen Lage mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Der Eindruck scheint sich zu verstärken, daß eine Entspannung eingetreten ist, und daß auch bei der österreichischen Regierung der Wille vorliegt, zu einer baldigen und befriedigenden Lösung zu gelangen. Ob diese Auffassung der genannten Kreise zutrifft, wird die Entwicklung der nächsten Tage lehren. Weiter wird berichtet, daß von verschiedenen Großmächten bei der österreichischen Regierung Schritte in der Richtung einer baldigen Gewährung des Agreements für Herrn von Papen erfolgt seien, um damit den von Reichkanzler Adolf Hitler in seinem Schreiben an Papen zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach Wiederherstellung normaler freundschaftlicher Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland in die Wege zu leiten.

Tausch wieder Gesandter in Berlin

Vom österreichischen Bundesamt wird mitgeteilt: Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat den Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Ing. Tauschitz, empfangen und teilte ihm mit, es erbitte ihm mit Rücksicht auf die allgemeine Situation wünschenswert, daß Staatssekretär Tauschitz wieder die Führung der Gesandtschaft Berlin übernehme. Staatssekretär Tauschitz erklärte, er werde sich dem neuen Bundeskanzler ebenso loyal zur Verfügung stellen wie Dr. Dollfuß. Staatssekretär Tauschitz wird schon nach Liebergabe des Amtes an den neuernannten Außenminister Berger-Balbenegg in den nächsten Tagen nach Berlin zurückkehren und die Geschäfte der Gesandtschaft wieder übernehmen.

Josef Meißner Bundesminister für Landwirtschaft

Zum Bundesminister für Landwirtschaft wurde Josef Meißner, der bisherige Landespräsident von Niederösterreich, ernannt. Ferner wurde zum Staatssekretär für Sicherheitswesen der bisherige Sicherheitsdirektor für Oberösterreich, Baron Hammerstein-Equordt, ernannt.

Grenzübertritt Wölz

Nach Meldungen aus Kärnten ist dort der Widerstand der Aufständischen so gut wie gebrochen. Der Förster Wölz, der den Rabenstein an der südslowakischen Grenze drei Tage hindurch gegen die Regierungstruppen verteidigte, ist am Montagabend mit seinen Kämpfern auf südslowakisches Gebiet übergetreten. Die Aufgabe des Widerstandes ist durch die von der südslowakischen Regierung angeordnete strenge Grenzkontrolle notwendig geworden, durch die die Lebensmittelzufuhr an die Aufständischen vom südslowakischen Gebiet aus unterbunden worden war. Im ganzen sind nach den bisher vorliegenden Meldungen 2000 Flüchtlinge über die Grenze gegangen; sie wurden nach Ustjeh in ein Internierungslager gebracht.

Staatsrat Dr. Ley in Sachlen.

Weibe der neuen Arbeitsfront-Fahnen

Vor 100 000 Dresdnern

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, der sich zurzeit auf einer großen Reise durch Deutschland befindet, traf am Montag in Dresden ein, wo er auf dem Platz der SA, vor dem Gebäude der DAF, von den Verbänden der NSDAP, Reichsstatthalter Ruffmann, Gruppenführer Schymann, Bezirksleiter Peitsch, Kreisobmann Schmidt und Stabsleiter Harbauer begrüßt wurde. Dr. Ley schritt die Front der verschiedenen Verbände ab und begab sich darauf in das Haus der DAF, wo ihm die Abteilungs- und Dienststellenleiter der DAF vorgeführt wurden. Nach der Mittagspause folgte die Besichtigung des Betriebes Seibel u. Raumann.

Nach Betriebsbesuch zogen die Belegschaften der einzelnen Betriebe in langen Zügen durch die Stadt zu der Riesenkundgebung der Deutschen Arbeitsfront auf der Eigenkampfbahn.

Dr. Ley, von dem mehr als 100 000 Volksgenossen kühnlich begrüßt, betonte zu Beginn seiner Ansprache, daß die Hunderttausend zusammengetreten sind, um erneut Zeugnis dafür abzulegen, daß die breiten Massen, die Arbeiter vor allen Dingen, die besten und treuesten Söhne des neuen Reiches sind!

Unser Führer Adolf Hitler hat in seinen jungen Jahren den Verfall Deutschlands beobachtet und erkannt, daß Deutschlands Macht und Einheit deshalb zusammenbrachen, weil die Breite des Volkes nicht mehr Anteil nahm an dem Schicksal Deutschlands. Deshalb nahm der Führer seinen Kampf auf, weil das deutsche Volk nicht mehr an sein Schicksal glaubte, weil landes- und rassenfremde „Führer“ Besitz vom deutschen Volk genommen hatten. Die Bauern fanden auf ihrer eigenen Scholle nicht mehr ihr Brot und mußten in die Städte wandern. Die Fabriken erstarbten. Deutschland wurde ein Industriestaat. Gewaltiges wurde geleistet — aber die Menschen, die dieses Große schufen, wurden vergessen. In der Menschenführung und in der Politik verlagte Deutschland. Eine neue Klasse entstand im Volk: der Arbeiter. Das eine aber steht fest: Der Arbeiter lehnte sich nach seinem Volk und seinem Vaterland. Sein Heldentum, den er begann, ist kein Lohnkampf gewesen. Der deutsche Arbeiter hat gekämpft um seine Ehre, um Heimat, Volk und Vaterland! Er fühlte sich vom Bürgertum verstoßen. So suchte er seine Heimat in den Gewerkschaften und Organisationen. Und da entstand etwas — eine neue Partei. Erst verachtet und verspottet, unverständlich, am meisten vom Arbeiter. Adolf Hitler predigte die neue Lehre von Kameradschaft und Treue. Eine kleine Gruppe entstand; und dann geschah das Wunder: diese Gemeinschaft wuchs und wuchs und erlängte den Staat, das Volk, die Macht. Die Bewegung siegte, weil der Führer alle Volksgenossen zusammenschloß zu einer großen Einheit. Die Zeit hat uns gelehrt, daß das wertvollste Kapital eines Betriebes der deutsche Arbeiter ist, und dieser deutsche Arbeiter bedarf anständiger Behandlung; seine Sorgen um den Alltag und um die Zukunft müssen ihm abgenommen werden.

Dr. Ley kam auf die Deutsche Arbeitsfront zu sprechen. Wir lassen den Unternehmer nicht draußen. Die DAF ist weder eine Arbeitgeber- noch eine Arbeitnehmerorganisation, von ihr ist auch der deutsche Angestellte erfasst. Die Arbeitsfront kann den Weg und das Ziel aufzeigen, aber über den Geist und das Leben dieser Draamtion muß der

Habsburger Monarchie ausgeschlossen

Zu den aus englischer Quelle stammenden Gerüchten, daß man in gewissen österreichischen Kreisen ernstlich an die Wiederherstellung der Monarchie denke, bemerkt das „Echo de Paris“: Die französische Regierung hat sich mit der kleinen Entente vor einigen Wochen dahin verständigt, daß die Wiedererrichtung der Habsburger ausgeschlossen sei. Sie würde ihre Ansicht hierüber nicht ändern können, ohne ihre Beziehungen zur Tschekoslowakei, Südspanien und Rumänien zu gefährden, die nicht jögern würden, mobil zu machen, wenn die Lösung der Frage durch Wiedereinsetzung der Habsburger Gestalt annehmen sollte.

Selbstmord des Wiener Polizeirevierinspektors.

Der Sicherheitswacheinspektor Doppler hat sich aus einem Fenster des Polizeigebäudes in Wien in die Tiefe gestürzt. Er war der Kommandant der Sicherheitswacheabteilung, die im Bundeskanzleramt am Mittwoch voriger Woche Dienst machte, als die Putschisten einbrachen und sie überwältigte. Doppler wurde, um seine Rolle bei diesen Vorgängen aufzuklären, zur Staatspolizei gebracht und verhört. Während dieses Verhörs riß er sich los und stürzte sich in die Tiefe.

Wer den Frieden will . . .

Rüfungsbekanntmachung im Unterhaus.

In einer Unterhausrede über Rüfungsbekanntmachungen äußerte sich Baldwin u. a. auch über die Frage der deutschen Luftfahrt: Es besteht kein Zweifel, daß im Reich das größte Interesse an der Luftfahrt besteht. Wir haben, so fuhr Baldwin fort, nicht gezweifelt daran und haben es stets anerkannt, daß im Augenblick, in dem Deutschland sich berechtigt fühle, wieder aufzurücken, der Gedanke an die Luft eine seiner Haupterwägungen sein werde. Es leuchte ein, daß, wenn Deutschland dieses Recht habe aber das Recht, wieder aufzurücken, ergreife, seine

wichtige Lage in der Luft als Beweisgrund für Deutschland spreche,

wenn es versucht, sich Sicherheit zu geben.

Zur englischen Politik äußerte sich der Minister u. a. wie folgt: Soweit er sehe, bestehe keine Gefahr, daß der Frieden in der unmittelbaren Zukunft gebrochen wird. Die Regierung habe keine neuen Bindungen übernommen. Ihre Politik sei, neue Bindungen zu vermeiden. Sie muß aber die Luftwaffe vermehren, wenn sie in der Lage sein soll, im Notfall die bestehenden Bindungen zu erfüllen. Ohne die jetzt vorgeschlagene Erhöhung der britischen Luftverteidigung würde England in einigen Jahren unfähig sein, die Locarno-Verpflichtung durchzuführen.

. . . und in Löbau

Aus Dresden kommend traf der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat Dr. Ley, in Begleitung von Reichsstatthalter Ruffmann, Wirtschaftsminister Lent und Landespropagandaleiter Salmann auf dem sächsischen Sportplatz in Löbau ein, wo sich gegen 50 000 schaffende Volksgenossen aus den Kreisen Bautzen, Zittau und Löbau eingefunden hatten. Das reich mit Fahnen und Wimpeln geschmückte Stadion war dicht gefüllt. Dr. Ley, der von den Massen begeistert begrüßt wurde, sprach nach begrüßenden Worten des Löbauer Kreisleiters der NSDAP, Reiter, zu den Arbeitern der Stirn und der Faust der Oberlausitz und beendete seine Ansprache mit einem dreifachen Sieg Heil auf den Führer Adolf Hitler und das deutsche Vaterland.

Nach dem gemeinsamen Gesang des Deutschland, und des Horst-Wessel-Liedes weichte Dr. Ley 100 neue Arbeitsfront-Fahnen.

Parteidienststellen und gerichtliche Entscheidungen.

(Pr.) Zur Vermeidung zweckloser Eingaben wird darauf hingewiesen, daß die Parteidienststellen der NSDAP für die Entscheidungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen einzelnen Volksgenossen, auch wenn beide Parteien Mitglieder der NSDAP, sind, nicht zuständig sind. Je nach Art und Streitwert der Sache sind derartige Streitigkeiten vielmehr allein bei den Amts- bzw. Landgerichten anhängig zu machen. Diese Behörden entscheiden auch endgültig. Weder Verwaltungsbehörden noch Parteidienststellen sind nach den Gesetzen befugt, derartige gerichtliche Entscheidungen aufzuheben oder abzuändern. Nur im gesetzlich vorgeschriebenen Instanzenweg der Gerichte können Urteile, wenn auch nicht in jedem Fall, angefochten werden. Frühere Anstufung für die Zuständigkeit und das Verfahren vor den Gerichten sowie die zu beachtenden Formvorschriften erteilen die unentgeltlichen Rechtsberatungsstellen. Auch für die Bewilligung des Antrages zur Durchführung derartiger Rechtsstreitigkeiten sind keine anderen Behörden und Dienststellen zuständig als die für die Entscheidung des künftigen Prozesses zuständigen Gerichte. An sie sind daher die Gesuche um Bewilligung des Antrages zu richten.